

KINDER ARMUT STEIGT

In Deutschland ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, die von Armut bedroht sind, auf 2,7 Millionen gestiegen. Somit machen armutsgefährdete Kinder ein Fünftel der Minderjährigen aus. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung stellte fest, dass die Zuwanderung von Geflüchteten zu dieser Entwicklung beiträgt: die Armutsquote von Kindern ohne Migrationshintergrund war zuletzt leicht auf 13,3% gesunken, bei Kindern mit Migrationshintergrund liegt sie bei 28,2 Prozent.

KOMMENTAR

»ROT-GRÜN IN NIEDERSACHSEN VERLIERT DIE MEHRHEIT«

Von Heino Wiese

Es gilt die Erfahrung: Eine Einstimmen-Mehrheit kann langfristig nicht regieren. Die Koalitionsparteien sind immer auch durch Einzelinteressen ihrer Fraktionsmitglieder erpressbar. Und spätestens, wenn bei der Kandidatenaufstellung jemand die Aussicht auf sein Mandat verliert, entdeckt der- oder diejenige auf einmal, dass man schon lange nicht mehr mit der jeweiligen Partei übereinstimmt. Das ist jetzt in Niedersachsen der Abgeordnete Twesten passiert. Twesten hat die Grünen verlassen und will sich der CDU-Fraktion anschließen. Natürlich will sie ihr Mandat behalten und verwehrt sich dagegen, eine Verräterin zu sein. Auch das ist ein typisches Verhalten. Vielleicht ist es ja kein Verrat sondern nur Rache für die Wahlniederlage im Wahlkreis. Ministerpräsident Weil hat nun fünf Monate vor der Landtagswahl und fünf Wochen vor der Bundestagswahl ein echtes Problem. Natürlich könnte er eine Minderheitsregierung versuchen, aber die bisherige Opposition könnte diese durch ein konstruktives Missvertrauensvotum beenden. Wahrscheinlich wären vorgezogene Neuwahlen, wie von der SPD-Fraktionsvorsitzenden Hanne Modder vorgeschlagen, die ehrlichste Lösung.

BUNTES AUS BERLIN

MULTIMEDIAL: VON MONET BIS KANDINSKY



© iVision Entertainment GmbH

Vom 21. Juli 2017 bis zum 28. Januar 2018 wird in der Alten Münze (Molkenmarkt 2, 10179 Berlin) die Ausstellung «Von Monet bis Kandinsky: Vision Alive» gezeigt. Bei der Ausstellung handelt es sich um eine multimediale Interpretation bekannter Werke von 16 Künstlern. Die gesamte Show, bei der die Werke als Projektionen auf sieben Meter hohen Flächen ineinander übergehen, dauert 63 Minuten und wird von Musik begleitet.

Die multimediale Bilderschau zeigt Werke von Vincent van Gogh, Edvard Munch, Claude Monet, Edgar Degas, Paul Gauguin, Henri Rousseau, Henri de Toulouse-Lautrec, Paul Signac, Amedeo Modigliani, Piet Mondrian, Pierre-Auguste Renoir, Juan Gris, Paul Klee, Gustav Klimt, Wassily Kandinsky und Kasimir Malewitsch.

Der Eintritt kostet 8,50, die Ausstellung hat täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet. «Von Monet bis Kandinsky» ist eine Produktion der Berliner iVision GmbH. Die Veranstalter präsentierten in Berlin bereits die erfolgreichen Ausstellungen Van Gogh Alive (2015) und Hieronymus Bosch: Visions Alive (2016).

IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

WARNUNGEN DES DEUTSCHEN RICHTERBUNDS UND DER POLIZEI-GEWERKSCHAFT MÜSSEN ALARMSIGNAL SEIN



Foto: Dr. Stephan Harbarth / Matthias Busse

Von Dr. Stephan Harbarth MdB, Stellvertreter Fraktionsvorsitzender (CDU/CSU); Quelle: Bundestagsfraktion der Union

Die Warnungen des Deutschen Richterbunds und der Gewerkschaft der Polizei müssen ein Alarmsignal sein. Bei einem Wahlsieg der Union werden wir insbesondere die Personalausstattung in der Justiz zu einem Schwerpunktthema der Rechtspolitik machen. Bund und Länder

müssen sich hier auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen, um einem Kollaps der Justiz vorzubeugen.

Während Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Ausstattung der Polizei in Bund und Ländern schon lange und mit Erfolg zum Thema gemacht hat, hat Bundesjustizminister Heiko Maas die unzureichende Personalsituation in der deutschen Justiz in dieser Wahlperiode nie richtig angepackt. Eilige Bekenntnisse in diesem Zusammenhang acht Wochen vor der Bundestagswahl nützen nun nichts mehr. Während der Minister sonst schnell Bund-Länder-Arbeitsgruppen oder Fachkommissionen bildete, ließ er auf diesem Gebiet das notwendige Engagement vermissen.

Als ersten Schritt zur Besserung sollte in der neuen Wahlperiode ein Bund-Länder-Treffen zur Zukunftsfähigkeit der Justiz anberaumt werden. In einem Rechtsstaat müssen die Gesetze auch vollzogen werden. Dazu ist eine starke Justiz erforderlich.

TRUMPS NEUER STABSCHEF: ENDE DER LEAKS?

Nachdem US-Präsident Donald Trump den ehemaligen Militärgeneral John Kelly zu seinem neuen Stabschef auserkoren hat, will dieser nun mehr Effizienz ins Weiße Haus bringen.

Interne Machtkämpfe und Ablenkungen möchte Kelly beenden. Sein Militäretos solle dabei helfen, klare und stringente Linien umzusetzen. Innerhalb der ersten Tage seiner Amtszeit war in der New York Times zu lesen, dass Kelly über das Ausmaß des organisatorischen Chaos im Weißen Haus verblüfft gewesen sei.

Darüber hinaus möchte der neue Stabschef die Informationslöcher stopfen. Mehrfach wurden sensible Informationen über das Verhalten des Präsidenten und seine

Gespräche mit anderen Regierungschefs an die Öffentlichkeit weitergereicht. Zuletzt wurden Telefonprotokolle den Medien zur Vergütung gestellt, die mittlerweile online gänzlich nachzulesen sind. Unter den Protokollen ist auch ein Gespräch mit Mexikos Präsident Enrique Peña Nieto.

Trump hatte zu Peña Nieto gesagt, dass ein Mauerbau entlang der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze ihm politische Probleme bereiten würde und das Thema aktuell keine akute Priorität hätte.

Ebenfalls ist ein Gesprächsverlauf mit Australiens Premierminister Malcolm Turnbull geleakt worden. Dieses Telefonat hatte Trump auf unhöfliche Weise mit den Worten "Ich habe genug" beendet.

ROT-GRÜN VERLIERT MEHRHEIT IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG

Die Grünen-Abgeordnete Elke Twesten tritt aus der niedersächsischen Landtagsfraktion ihrer Partei aus und führt damit zu neuen Verhältnissen in Hannover: Die rot-grüne Koalition verliert nur fünf Monate vor der Landtagswahl die Mehrheit, die sie mit einer Stimme hatte.

Twesten wechselt zur CDU, da sie sonst kein Mandat erhält. Die CDU hat nun mit der FDP eine Mehrheit im Landtag und lämmt Theoretisch nun einen Ministerpräsidenten stellen und Stefan Weil (SPD) ablösen. Ob dies so kurz vor den kommenden Wahlen auch geschieht, ist ungewiss.

NETANJAHU UNTER KORRUPTIONSVERDACHT

Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu gerät immer stärker unter Druck. Korruptionsvorwürfe wurden gegen ihn erhoben, bei denen es um Geschenke und Absprachen mit Medien geht. Bei den Untersuchungen scheinen sich die Vorwürfe zu erhärten.

Netanyahu soll unter anderem mit Zeitungsredakteuren besprochen haben, wie oppositionelle Medien stärker unter Druck geraten können. Netanyahu bestreitet die Beschuldigungen und bezeichnet sie als Hexenjagd kritischer Journalisten.

FORSA-UMFRAGE: DEUTSCHE BEVORZUGEN RUSSISCHES ERDGAS VOR US-FLÜSSIGGAS

Laut einer forsa-Umfrage gaben drei Viertel der Deutschen an, Wirtschaftsinteressen hinter den US-Sanktionen gegen Russland zu vermuten. Die Mehrheit (83 Prozent) lehnt diese ab.

Lediglich sechs Prozent der Befragten wünschen sich zukünftig mehr Flüssiggasimporte aus den USA und weniger Bezüge aus Russland.

Für die Deutschen bleiben die Bezahlbarkeit der Energie oberste Priorität, allerdings auch eine Diversifizierung der Bezugsländer von Energieressourcen, um Abhängigkeiten vorzubeugen. Unter den Energielieferanten wird Norwe-

gen das höchste Vertrauen geschenkt, es folgen Kanada und Russland.

Im Vergleich zu früheren Umfragen ist das Vertrauen in die USA als Energiepartner abgestürzt.

"Bei einer vergleichbaren Umfrage im März dieses Jahres hielten immerhin noch fast ein Viertel der Deutschen die USA für einen verlässlichen Energielieferanten. Dieser Anteil hat sich innerhalb von nur 3 Monaten halbiert. Das ist ein klares Indiz für die kritische Wahrnehmung der aktuellen US-Politik unter Präsident Trump durch die Bundesbürger", kommentierte Prof. Manfred Güllner, Gründer des forsa-Instituts.

DIW-PRÄSIDENT FRATZSCHER WARNT VOR DEUTSCHEM PROTEKTIONISMUS

Marcel Fratzscher, Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), warnt vor protektionistischen Wirtschaftsmaßnahmen, die Deutschland langfristig schwächen könnten.

Konkret mahnt der Ökonom vor dem Voterecht, welches sich die Bundesregierung bei Auslandsinvestitionen eingeräumt hat. Dies sei ein risikoreicher Schritt in Bezug auf die EU-Partnerschaft. Handelspolitik sei eine EU-Kompetenz, die in Absprache mit den Mitgliedsstaaten gestaltet wird.

Deutschland entschied sich hingegen für einen Alleingang. Fratzscher mahnt, dass dies die moralische Durchschlagskraft von Deutschland untergraben könnte.

Die Bundesregierung wolle vor allem innovative Technologien schützen und rechtfertigt die protektionistischen Maßnahmen damit, dass Konkurrent China ebenfalls die eigenen Unternehmen schützt. Der DIW-Präsident sieht jedoch eine große Gefahr einen Handelskrieg stetig aufzuschaukeln, bei dem Deutschland verlieren würde.

DEUTSCHE KAUFEN WENIGER DIESELAUTOS

Beim Dieselpiegel verteidigte Grünen-Ministerpräsident Winfried Kretschmann den Dieselmotor, doch während Politik und Wirtschaft tagten, kamen neue Zahlen zu Erstzulassungen von Fahrzeugen heraus. Daraus geht hervor, dass die Deutschen den Glauben an Diesel verlieren und weniger Autos kaufen, als zuvor. Die Dieselerkäufe sind um 13% gefallen.

Die Skepsis um potenzielle Fahrverbote in Innenstädten oder den Schadstoffausstoß von Dieselfahrzeugen verunsicherte die Autofahrer. "Erst wenn das Problem des Realbetrieb zu hohen Schadstoffausstoßes

nachhaltig und glaubhaft gelöst ist und Fahrverbote vom Tisch sind, wird sich die Nachfrage nach Diesel-Modellen stabilisieren", schätzt Peter Fuß von der Beratungsfirma Ernst & Young. Die Skepsis könnte sich zu einem Dauertrend entwickeln.

Während die Benziner mittlerweile einen Anteil von 56% aller Privatkraftfahrzeuge ausmachen, haben nur noch 40% der Autos einen Dieselmotor. Bevor die Krise um Betrugsfälle, Kartellabsprachen und gefälschte Zahlen beim Schadstoffausstoß publik wurden, war das Verhältnis umgekehrt.

PERSONALIEN

HÖNEMANN WIRD KOMMUNIKATIONSCHEF BEIM FBB

Hannes Stefan Hönemann (50) ist vom 1. September an Leiter der Unternehmenskommunikation beim Flughafen Berlin Brandenburg (FBB). Er folgt auf Lars Wagner, der die Position seit Anfang des Jahres innehatte und bereits wieder abgeben muss. Hönemann war zuletzt in verschiedenen Funktionen beim Energiekonzern Vattenfall tätig. Davor war er Pressesprecher der SPD Berlin. Beim FBB wird er an den Vorsitzenden der Geschäftsführung Engelbert Lütke Daldrup berichten.

SCHREIBER NEUER REGIERUNGSSPRECHER IN SACHSEN

Ralph Schreiber (46) ist seit dem 1. August neuer Regierungssprecher des Freistaats Sachsen. Er folgt auf Christian Hoose, der die Position seit 2012 innehatte. Schreiber war zuletzt Leiter des Pressereferats und Sprecher der Sächsischen Staatskanzlei. Als Regierungssprecher berichtet er an den Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU).

KÖLLE IST PRESSESPRECHER DES SCHUL- UND BILDUNGSMINISTERIUMS NRW

Daniel Kölle (37) ist seit dem 21. Juli Pressesprecher sowie Leiter des Pressereferats im Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Seine Vorgängerin Barbara Löcherbach wird künftig ein anderes Referat in diesem Ministerium leiten. Kölle war zuvor Leiter Veranstaltungen und Kommunikation bei der Westerwelle Foundation. Neue Schulministerin Nordrhein-Westfalens ist seit Ende Juni Yvonne Gebauer (FDP).

BMAS: SOZIALBERICHT 2017 VERABSCHIEDET

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichte diese Woche den Sozialbericht 2017, mit welchem Sie an das Bundeskabinett über die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats berichtet. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Sozialquote in Deutschland auf einem soliden Niveau ist. Für Sozialleistungen wurden 918 Milliarden Euro ausgeschüttet - ein Zuwachs von 3,7% im Vergleich zum Vorjahr. Der Zuwachs wächst etwas schneller als die Volkswirtschaft.

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland unter den EU-28 auf Platz 9, Dänemark und Frankreich führen das Ranking an.

WORTE DER WOCHE

»Eine Krise der Automobilindustrie ist eine Gefahr für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Das Label ‚made in Germany‘, die Welt hervorragende Reputation der deutschen Industrie, hängt maßgeblich vom Automobilbau ab.«

Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

»Russland hat Energieprojekte immer als Werkzeug des Einflusses, als Werkzeuge der Unterdrückung und als Werkzeuge der Manipulation eingesetzt.«

Dalia Grybauskaitė, litauische Staatspräsidentin, begrüßt die US-Sanktionen gegen Russland.

»Der deutsche Überschuss ließe sich für die Weltwirtschaft in sehr viel verträglicherer Weise abbauen, wenn wir uns dazu durchringen könnten, mehr zu investieren und zu konsumieren.«

Peter Bofinger, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg.

»Am einem Pakt, die Beiträge auf 40 Prozent zu begrenzen, wird sich der DGB nicht beteiligen. Das würde bedeuten, dass entweder Leistungen massiv gekürzt und damit Lasten privatisiert würden oder die Lasten ausschließlich auf die Beschäftigten abgewälzt würden.«

Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender, lehnt die Forderung der Arbeitgeber nach einer Begrenzung der Sozialabgaben ab.

»Meine Mission ist es, Indien zu einer globalen wirtschaftlichen Macht zu machen, auch im Digitalen.«

Ravi Shankar Prasad, indischer IT-Minister.

»Wir sind nicht euer Feind. Wir streben nicht nach einem Zusammenbruch des Regimes.«

Rex Tillerson, US-Außenminister, versucht Pjongjang zu beruhigen.

»Es ist ein erneuter Versuch, Autofahrer und Bürger hinter das Licht zu führen.«

Jürgen Resch, Chef der Deutschen Umwelthilfe, hat Politik und Autoindustrie zu Beginn des Dieselpiegels Kungelei und mangelnde Transparenz vorgeworfen.

»Wir haben ihn nicht geschaffen. Das amerikanische Volk hat ihn gewählt. Er ist dazu verpflichtet, unser aller Präsident zu sein und das Chaos zu stoppen. Der größte Teil des Chaos ist von ihm selbst verursacht.«

Lindsay Graham, republikanischer Senator, am Dienstag in einem Interview über Donald Trump.

TERMINE

9.8. NAUMANN-STIFTUNG ZUM BERLINER WOHNUNGSMARKT

Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Thema „Stadtentwicklung, Wohnungsmarkt und Politik: Ein Diskussionsabend zur wachsenden Metropole“, u.a. mit dem Geschäftsführer des Zentralen Immobilien Ausschusses Klaus-Peter Hesse, der stellvertretenden Geschäftsführerin des Berliner Mietervereins Wibke Werner und dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Sebastian Czaja Rotes Rathaus, Rathausstraße 15, 10178 Berlin (Anmeldung erforderlich).

15.8. DEUTSCH-ARABISCHE GESELLSCHAFT ZUM KRIEG IN NAHOST

Gesprächsveranstaltung der Deutsch-Arabischen Gesellschaft zum Thema „Krieg und Chaos in Nahost: Eine arabische Sicht“, u.a. mit dem ehemaligen Al-Dschasira-Korrespondent Aktham Suliman Bumiller Collection, Nauynstr. 68, 10997 Berlin (Anmeldung erforderlich).

31.8. DEUTSCH-ARABISCHE GESELLSCHAFT ZUM NAHOSTKONFLIKT

Tagung der Deutsch-Arabischen Gesellschaft (DAG) zum Thema „Arabische Welt zerstritten - Nahostkonflikt / Golfkrise / Nordafrika & Europa“, u.a. mit dem Generalsekretär der DAG Harald Moritz Bock, dem Vizepräsidenten der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft Dr. Martin Breidert und der Nahost-Korrespondentin Jasna Zajcek Deutsch-Arabischen Gesellschaft, Calvinstraße 23, 10557 Berlin (Anmeldung erforderlich).